

DAS THEMA: STADTPOLITIK UND STADTRAT

Pro und contra neue Marktbebauung

FDP und „Rettet die Altstadt“ sammeln Unterschriften der Bürger

Von Caroline Vongries

Schönebeck. Die Debatte um den geplanten Neubau am Markt sei für ihn beendet, ließ Oberbürgermeister Hans-Jürgen Haase vor wenigen Tagen wissen. Wenig überraschend, dass diese Aussage auf Widerspruch bei den Gegnern des Entwurfs stieß. Nicht zufrieden geben wollen sich die Bürgerinitiative „Rettet die Altstadt“ um Fraktionschef Christian Jung und die FDP um ihren Vorsitzenden Reinhard Banse. Sie starteten gestern eine Unterschriftenaktion. Dort können die Bürger folgende Kategorien ankreuzen: „Zustimmung“, „Ablehnung“ oder „egal“.

Noch einmal zur Erinnerung: Schon seit Jahren ringt die Stadt um eine Lösung am Markt. Der Abriss des alten Kaufhauses erfolgte in der Hoffnung auf einen dänischen Investor, der dort einen Einkaufsmarkt und ebenfalls Wohnungen plante. Diese Hoffnung zerschlug sich, der Investor trat vom Vorhaben zurück, das Grundstück fiel zurück an die Stadt, landete von dort aus beim Sanierungsträger BauBeCon. Dann wurde das Grundstück von der städtischen Wohnungsbaugesellschaft SWB gekauft. Es gibt unterschiedliche Darstellungen, ob die Ini-



Der Entwurf für einen neuen Markt, wie er vom Planungsbüro vorgestellt wurde. An der Fassade soll noch nachgebessert werden.

Grafik: SWB/Architekturbüro

tiative für eine Marktbebauung durch die SWB von der SWB selbst oder von Oberbürgermeister Hans-Jürgen Haase ausgeht. Die SWB lobte einen Architektenwettbewerb aus, dessen Jurysitzender der Präsident der Landesarchitektenkammer Professor Ralf Niebergall war. Der Siegerentwurf stammt vom Magdeburger Büro Kirchner und Przyborowski. Die Jury setzte sich aus Architekten und Vertretern aus der Stadt Schönebeck zusammen.

Geplant sind am Markt Gewerberäume sowie barrierefreie Wohnungen. Nach Bekanntwerden des Entwurfs begann die Diskussion. Dabei geht es nicht nur um die Gestaltung an sich, sondern auch um die Verfahrensweise.

„Strategische Vorhaben wie die Neugestaltung des Marktes müssen einfach dem Stadtrat vorgestellt werden“, erklärt FDP-Fraktionschef Banse seine Beweggründe für die Unterschriftensammlung. Das „klei-

ne Kämmerlein des Aufsichtsrates der SWB“ sei dafür „völlig unzureichend“.

Es gehe dabei nicht allein um betriebswirtschaftliche Risiken und den Einsatz von Steuermitteln, sondern um eine nachhaltige Lösung aus städtebaulicher Sicht, „die für die nächsten 100 Jahre Bestand haben muss“. Banse verweist dabei auf ein Schreiben des Garbsener Stadtbauamts, der davor gewarnt hatte, die Fehler des Westens zu wiederholen. Die

FDP richtete deshalb im Stadtrat eine Anfrage an die Stadtverwaltung. Nach Meinung der FDP-Fraktion sei mit dem geplanten Neubau am Markt das Gesamtensemble des Marktplatzes gefährdet, erklärte Banse. Er bezeichnete den geplanten Bau als „Fremdkörper“, der Rathaus, Marktbrunnen sowie die umliegenden Häuser erdrücke. Zudem sei es eine Lösung „von der Stange“. Banse fragte noch einmal nach den Gestaltungsvorgaben, der

Auswahl der Findungskommission und warum es bei der Präsentation im Rathaus kein Besucherbuch gab. Folgende Fragen stellte Banse konkret: „Galt es eventuell nur Baulücken zu schließen, egal wie die Lösung aussehen sollte? Weshalb befanden sich in der Kommission nicht auch Schönebecker Architekten? Warum wurde der Stadtrat erst zu einem Zeitpunkt einbezogen, als faktisch schon alles entschieden war?“

Vermögenshaushalt

Rund 10,7 Millionen für Bauarbeiten

Schönebeck (dw). 7,2 Millionen Euro stehen als Defizit im Verwaltungshaushalt der Stadt. Doch der kommunale Haushaltsplan besteht auch aus dem Vermögenshaushalt. Mit rund 17 Millionen Euro sind im laufenden Jahr hier Einnahmen und Ausgaben angegeben. Das entspricht einer Erhöhung um rund 4,7 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr. Voraussichtlich, so die Planungen der Stadt, werden aus den allgemeinen Rücklagen 2,4 Millionen Euro dem Vermögenshaushalt zugeführt, um Investitionen anschieben zu können. Das teilte Finanzdezernentin Ursula Adler während der Stadtratssitzung mit. Der Bauausschuss hat dazu eine Prioritätenliste erarbeitet. Alle möglichen Förderprogramme, wie die Mittel des Konjunkturpaketes, und die Sicherstellung des städtischen Eigenanteils bei diesen Maßnahmen seien berücksichtigt, sagt Adler, so dass rund 10,8 Millionen Euro für Investitionen in Bauvorhaben vorgesehen sind. Ursula Adler nannte Schwerpunkte: Die Planung des Neubaus eines Feuerwehrgebäudes, der Schulhof der Schneider-Grundschule, die Umnutzung des Bürgerhauses für die Feuerwehr Ranies, die IBA-Arbeiten und Altstadtsanierung in Schönebeck, die Heizungsanlage in der Grundschule Plötzky, die energetische Sanierung der Turnhalle an der Gorki-Schule, der Ersatzneubau der Kita in der Straße der Jugend, die Sanierung des Bürgerhauses in Plötzky oder die Verbesserung der Breitband- und Internetversorgung in Plötzky, Ranies und Pretzien. Um die Maßnahmen zu finanzieren, ist 2010 keine Kreditaufnahme erforderlich. Das ist auch in den Folgejahren nicht geplant und aufgrund der Konsolidierung nur bedingt möglich.

Information:

Der Vermögenshaushalt enthält alle vermögenswirksamen Einnahmen oder Ausgaben der Gemeinde, also alle Finanzvorfälle, die sich vermögenserhöhend oder vermögensmindernd auswirken und deshalb nicht dem Verwaltungshaushalt zuzuordnen sind, aus dem das Geld für die laufenden Geschäfte kommt. Deshalb muss eine Kommune den Vermögenshaushalt immer ausgeglichen darstellen. Gibt es Überschüsse im Verwaltungshaushalt, sind diese dem Vermögenshaushalt zuzuführen.

Wasser sorgt für Turbulenzen im Stadtrat / Kritik von Dr. Manfred Sichtung:

„Und was ist, wenn die Häuser in Salze und Felgeleben verrotten?“

Der Schönebecker Geologe Dr. Manfred Sichtung hat gestern den Stadtratsbeschluss begrüßt, der Oberbürgermeister Hans-Jürgen Haase zu Moderation und Rundem Tisch in Sachen Wasserproblematik verpflichtet. Er stehe zu seinem Wort, so Sichtung. Haase hingegen hat, wie bereits berichtet, angekündigt, Widerspruch einzulegen. Seinem Pressesprecher hat er in Sachen Dr.-Tolberg-Straße einen Maulkorb erteilt.

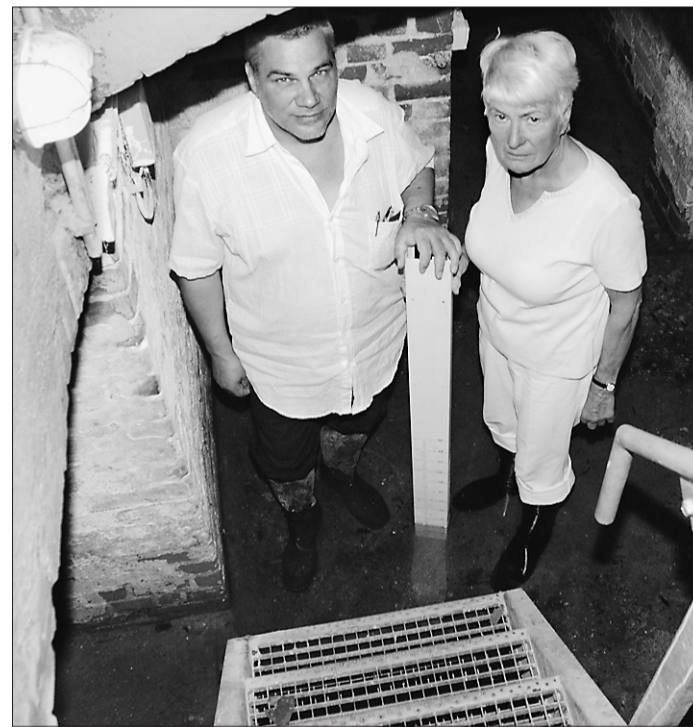
Von Caroline Vongries

Schönebeck. Für Turbulenzen sorgte, wie bereits gestern berichtet, die Wasserproblematik in der Dr.-Tolberg-Straße im Stadtrat. Oberbürgermeister Hans-Jürgen Haase wehrte sich vehement gegen die „massive“ Kritik an seiner Person in Sachen Dr.-Tolberg-Straße (siehe Stellungnahme unten) und kritisierte dabei auch die Darstellung in den Medien. Dass die Volksstimme und der MDR als „nachweisbar nicht neutrale Dritte“ in den Runden Tisch miteinbezogen werden sollten, nahm das Stadtoberhaupt als einen Grund für die Ablehnung der Moderation. Haase warnte auch vor dem schließlich mit großer Mehrheit beschlossenen Antrag, der ursprünglich auf die Fraktion Grüne/Unabhängige Wählergemeinschaft/Schall zurückgeht.

„In Amsterdam sind die Keller trocken“

Er sieht vor, dass die Stadt die Ursache für die Vernässung der Keller in der Dr.-Tolberg-Straße herausfinden und dass der OB doch in einen Moderationsprozess wie ihn Dr. Manfred Sichtung angeboten hatte, eintreten soll. Haase kündigte postwendend an, Widerspruch einzulegen. Neben rechtlichen Konsequenzen fürchtet der OB vor allem finanzielle Auswirkungen auf den ohnehin angeschlagenen städtischen Haushalt.

Dazu sagte gestern der Schönebecker Geologe Dr. Manfred Sichtung: „Das ist nicht der eigentliche Kern.“ Das Problem sei doch, dass in Schönebeck kein schlüssiges Konzept für die Wasserproblematik vorliege. „Erst danach kann man über Geld sprechen“, so Sichtung, der weiter zu bedenken gab: „Und was ist, wenn die Häuser in Salzen und die 400 Häuser in Felgeleben verschimmeln und



Jeden Tag Wasser im Keller hat Jürgen Ladebeck (l.). Auch Vera Orloff-Schenk geht es kaum besser. Foto: Caroline Vongries

verrotten und weitere Menschen aus Schönebeck abwandern?“ Die betroffenen Bürger seien nicht nur finanziell, auch existenziell überfordert. „Amsterdam liegt rund drei Meter unter dem Meeresspiegel, trotzdem sind die Keller trocken“, weist Sichtung auf andere Regionen, die Erfahrung mit Grundwasserproblemen haben. Der Schönebecker nannte weitere Beispiele: Grundwasserabsenkungen habes bei Mönchengladbach nach der Schließung des Braunkohletagebaus Garzweiler geben, zum Beispiel in der Gemeinde Korschenbroich. „Aber doch in einem Moderationsprozess wie ihn Dr. Manfred Sichtung angeboten hatte, eintreten soll. Haase kündigte postwendend an, Widerspruch einzulegen. Neben rechtlichen Konsequenzen fürchtet der OB vor allem finanzielle Auswirkungen auf den ohnehin angeschlagenen städtischen Haushalt.“

Stellungnahme Oberbürgermeister Hans-Jürgen Haase:

„Aufgrund der massiven medialen Angriffe gegen meine Person angesichts der Situation in der Dr.-Tolberg-Straße gebe ich Ihnen folgende Erklärung: Ich nehme die Probleme, die in dieser Straße aufgetreten sind und noch auftreten, sehr ernst, auch wenn in der Öffentlichkeit ein anderer Eindruck entstanden sein könnte. Es ist wahr, dass ich die Moderation von Dr. Sichtung abgelehnt habe und dies auch weiterhin tue. Er hat sich mir

bzw. meinen Mitarbeitern gegenüber dahingehend geäußert, und auch die Zeitung hat dies entsprechend kundgetan, dass Rechtsstreitigkeiten zu erwarten seien und sicherlich auch die Staatsanwaltschaft sich der Sache annehmen würde. Desweiteren sollten die Redaktion Escher und die Volksstimme als nachweisbar nicht neutrale Dritte in diese Moderation laut seinen Gesprächsbedingungen einbezogen werden. Damit ist für mich einer neutralen Diskussion jeder Boden entzogen worden. Es steht selbstverständlich jedem Bürger frei, entsprechende Rechtsmittel einzulegen. Aus Gründen des Selbstschutzes und des möglichen Verlustes des Deckungsschutzes durch unseren Versicherer werde ich mich zu diesem Thema nur nach entsprechender Rücksprache mit dem Versicherer in der Öffentlichkeit äußern.“

Beschluss im Stadtrat

- Der ursprüngliche Eilantrag der Fraktion Grüne/UWG/Schall wurde nach Rücksprache mit den übrigen Fraktionschefs modifiziert und mehrheitlich (zwei Gegenstimmen, zwei Enthaltungen) angenommen:
- Der Oberbürgermeister, Herr Hans-Jürgen Haase, wird beauftragt unverzüglich folgende Maßnahmen einzuleiten:
- Untersuchung der Herkunft des in die Keller dringenden Wassers und Feststellung der Ursachen der Vernässung in den Kellern der Häuser Dr.-Tolberg-Straße 14, 14a, 19, 21, 23.
- Auf eine Moderation, wie sie vom Geologen Dr. Manfred Sichtung angeboten wurde, einzugehen.

werden“, so Sichtung. Deshalb begrüße er den Stadtratsbeschluss. Mit der Moderation bestehe die Chance, „den vielen verzweifelten Bürgern durch Herrn Haase als Oberbürgermeister glaubhaft Hilfe und Unterstützung zu gewähren.“

Grundsatzkritik am Rathaus übten in der Stadtratssitzung Arnold Krüger, Chef der Fraktion Grüne/UWG/Schall (Volksstimme berichtete bereits) und FDP-Chef Reinhard Banse. „Für uns ist das Krisenmanagement im Rathaus nicht bewertbar, da es scheinbar nicht existiert.“ Es sei „mehr als bedenklich“, wenn sich Bürger an das Rathaus wenden und dort ins Leere liefen. Als „nicht akzeptabel“ bezeich-

nete Banse die „Arbeits- und Verhaltensweise des OB in der Öffentlichkeit und in den Medien“. Banse kritisierte auch die Stellungnahme der Stadt auf ihrer Internetseite. Dort seien Stadträte als „unverantwortlich“ bezeichnet worden, weil sie sich zum Grundwasserproblem geäußert hätten. „Dies ist für das Erscheinungsbild der Stadt im Lande recht peinlich.“ Banse forderte eine Arbeitsgruppe unter Leitung des OB, konnte sich damit allerdings nicht durchsetzen.

„Bürger entschlossen zu handeln“

René Wölfer (SPD-Fraktionschef) betonte mehrfach die Bedeutung einer Moderation und mahnte, dass sich die Stadt nicht auf Haushaltsprobleme zurückziehen könne. Die Moderation wurde in den Antrag ergänzend aufgenommen. Kritische Töne und die Mahnung, die Stadt und den OB nicht vorzuverurteilen kamen wie berichtet von Ralf Schneckenhaus für die Linke. Torsten Pillat von der CDU äußerte sich selbst nicht öffentlich zur Wasserproblematik, kritisierte aber nach dem Vortrag von Banse: „Das ist typisch FDP.“ Die CDU unterstützte aber den modifizierten Grüne/UWG/Schall-Antrag.

Die ablehnende Haltung des OB wollte der bundesweit tätige Geologe Sichtung, der seine Kompetenz unentgeltlich angeboten hat, gestern nicht kommentieren: „Wenn jemand wortbrüchig ist, kann sich doch jeder ein Bild davon machen.“ Sichtung ließ selbst keinen Zweifel daran, dass er kein Verständnis für den Rückzieher des Stadtoberhauptes hat. „Alle Dinge, die Herr Haase wohl nicht moderiert haben möchte, werden doch auch so zur Sprache kommen.“ Sein Eindruck sei, dass die „Bürger äußerst entschlossen sind, unverzüglich zu handeln“. Er sei überzeugt, dass die Prozesse, die diese einleiten würden, für „absolute Klarheit“ sorgen werden, „ob jemand für die offensichtlich immensen Schäden verantwortlich ist.“

Außerhalb der Äußerungen in der Stadtratssitzung verweigerte die Stadt gegenüber der Volksstimme sämtliche Auskünfte zur Dr.-Tolberg-Straße und zum Wasserproblem. Der OB verpasste seinem Pressesprecher einen Maulkorb.

Stadtplaner Michael Gremmes verwies in seiner Antwort auf den Bauausschuss, wo diese Dinge im Beisein der Bauherren, der SWB, noch einmal thematisiert werden könnten. Im Stadtrat gab es dazu keine Diskussion mehr.

Bürgermeister: Betonung liegt auf Bürger

Christian Jung, Fraktionschef der Bürgerinitiative „Rettet die Altstadt“, forderte in einem Schreiben an die Volksstimme ein Gespräch zwischen Stadtverwaltung, SWB, Stadträten und der Bürgerinitiative. Die „überwältigende Mehrheit“ der Bürger habe sich gegen den Entwurf des Wettbewerbsgewinners ausgesprochen. Jung übte Kritik an der „Basta!“-Politik des Oberbürgermeisters: „Eine Beendigung der Debatte durch den Bürgermeister erinnert an Zeiten, als Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg erließ: Es ist den Untertanen untersagt, den Maßstab seiner beschränkten Einsicht an die Handlungen der Obrigkeit anzulegen!“ Nicht umsonst liege die Betonung auf Bürger, so Jung. Als Vertreter der Bürgerschaft habe dieser die Interessen der Bürger zu vertreten.

Rücktritt Wiswede

„Schritt fällt mir nicht leicht“

Schönebeck (cv). Seinen Rücktritt begründete der bisherige Stadtratsvorsitzende Rolf Wiswede (Die Linke). Die Volksstimme veröffentlichte die Erklärung zu großen Teilen im Wortlaut:

„Allen Stadträten ist am 21. Juli ein gemeinsam verfasstes Schreiben der CDU- und SPD-Fraktion mit Datum vom 20. Juli zugestellt worden. Wie Sie diesem entnehmen können, habe ich als Stadtratsvorsitzender nicht die erforderliche Unterstützung der Mehrheit der Stadträte und meiner Stellvertreter. Diese Begründung in diesem Schreiben möge jeder Stadtrat für sich selbst bewerten. Meine Bemühungen waren von Beginn meiner Tätigkeit als Vorsitzender, ein vernünftiges, konstruktives Verhältnis zwischen Stadtrat und Verwaltung aufzubauen. Dies kann aber kein Vorsitzender allein bewältigen. Die ehrenamtliche Aufgabe als Stadtratsvorsitzender ist sehr anspruchsvoll und arbeitsintensiv. Man kann dies nur bewältigen, wenn die Mehrheit der Stadträte den Vorsitzenden unterstützt. Dies war leider, warum auch immer, nicht der Fall und wirkte sich nicht fördernd auf die Arbeit des gesamten Stadtrates aus.“

Meine Damen und Herren Stadträte, aus den vorgenannten Gründen trete ich mit sofortiger Wirkung als Vorsitzender des Stadtrates der Stadt Schönebeck zurück und mache damit den Weg für Neuwahlen frei. Der Herr Oberbürgermeister wurde im Vorfeld von mir über die Entscheidung informiert.

Ich habe dieses Amt sehr gern ausgeübt und es fällt mir nicht leicht, es aufzugeben. Ich bedanke mich bei den Stadträten, die mir das Vertrauen entgegengebracht haben und mich zum Vorsitzenden wählten. Ich bedanke mich bei den Bürgern, die mich in den Stadtrat gewählt haben, dem ich auch weiterhin angehören werde. Mein Dank gilt auch der Verwaltung und besonders den Mitarbeiterinnen des Ratsbüros, für die, wenn auch kurze, konstruktive Zusammenarbeit. Natürlich auch Dank an meine Fraktion, die mich bei dieser verantwortungsvollen Aufgabe immer unterstützt hat. Ich verspreche den Einwohnern der Stadt Schönebeck, der Ortschaften Plötzky, Pretzien und Ranies sowie der Verwaltung, mich weiterhin als Stadtrat für die Interessen der Bürger und auch der Stadt einzusetzen.“